



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Actim, Melde

DIE LINKE wirkt!

Bilanz 2005–2009



Liebe Genossinnen und Genossen,



Foto: TRIALON/Klüber



Foto: TRIALON/Klüber

DIE LINKE wirkt! Die etablierten Parteien und viele Medien wollen es nicht wahrhaben und am liebsten totschrweigen: DIE LINKE ist zur treibenden Kraft in der deutschen Parteienlandschaft geworden. Sie steht für ökonomische Vernunft, sozialen Fortschritt und Frieden.

CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE stehen für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die zum ökonomischen Bankrott geführt hat, für Sozialabbau und scheuen nicht davor zurück, das Völkerrecht zu brechen, um außenpolitische Ziele durchzusetzen.

Anders als in den Jahren zuvor, mussten diese Parteien nach der letzten Bundestagswahl, im Herbst 2005, ihre sozialen Kahlschläge und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik im Parlament rechtfertigen, weil DIE LINKE erfolgreich in den Deutschen Bundestag eingezogen war.

DIE LINKE hat zuerst die Zeichen der Zeit erkannt und vor dem zügellosen Casino-Kapitalismus gewarnt, den die anderen Parteien mit ihrer Gesetzgebung erst ermöglicht haben. Wir haben Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte in den Deutschen Bundestag eingebracht als Kanzlerin Merkel, Vizekanzler Steinmeier und Finanzminister Steinbrück noch die freien Märkte bejubelten und der Entstaatlichung Deutschlands das Wort redeten.

DIE LINKE hat von Anfang an ein europaweit abgestimmtes Konjunkturprogramm zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg gefordert. Die Bundesregierung hat unter dem Druck der Verhältnisse nachgelegt, ist aber weit hinter den Forderungen der LINKEN zurückgeblieben und hat sich auf nationale Maßnahmen beschränkt. Viele Menschen werden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die leichten Zugeständnisse der Bundesregierung bei den Renten, die Diskussion um die Anhebung des Schonvermögens von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I und des Kurzarbeitergeldes, die kritische Diskussion des Einsatzes deutscher Soldaten in Afghanistan und des neoliberalen, sozialfeindlichen und zur Aufrüstung verpflichtenden Europa-Vertrages, sind ohne den Druck der LINKEN schwer vorstellbar. Bei der Pendlerpauschale musste schließlich das Bundesverfassungsgericht nachhelfen.

DIE LINKE wirkt! Und das auch noch in vielen weiteren Themen- und Politik-Bereichen. Die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat viel bewirkt. Es ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und über die in dieser Broschüre in Auszügen informiert wird. Viel Spaß beim Lesen!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of two names: 'Gregor Gysi' and 'Oskar Lafontaine'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Arbeitskreis I: Regional- und Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt und Umwelt

Für eine Bahn in öffentlicher Hand

DIE LINKE hat von Anfang an gegen die Pläne von Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn gekämpft, der die Bahn an die Börse bringen wollte. Zunächst konnte der geplante Verkauf von Anteilen des Schienennetzes gestoppt werden. Nachdem auch der gesellschaftliche Widerstand gegen den Bahnverkauf immer größer wurde, nutzte die Bundesregierung die Finanzkrise als Vorwand, den Verkauf von Bahnanteilen an der Börse ganz zu stoppen.

Wohngeld erhöht

Der erste Entwurf der Novelle des Wohngeldgesetzes sah keinerlei Erhöhung des Wohngeldes vor. Lediglich einige Entbürokratisierungsklauseln hätten eventuell der Verwaltung die Bearbeitung von Wohngeldanträgen erleichtert. DIE LINKE. im Bundestag hat eine Anhörung zum Thema initiiert, in deren Ergebnis die Koalition einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf einbrachte. Ergebnis: Das Wohngeld stieg um acht Prozent, erstmals werden Heizkosten teilweise pauschal erstattet. Ostdeutsche Haushalte profitieren in besonderem Maße von dieser Neuregelung.

Stadtumbau Ost gefördert

Es ist auch unserer Beharrlichkeit zu verdanken, dass das Förderprogramm »Stadtumbau Ost« anstatt nur bis zum Jahr 2009 nun bis 2016 fortgeführt wird. Es dient der Stabilisierung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft. Dauerhaft leer stehender Wohnraum wird mit öffentlicher Förderung abgerissen. Somit kann den Kommunen als Eigentümer der Wohnungsgesellschaften geholfen werden, weil die wirtschaftliche Aktionsfähigkeit erhalten bleibt.

Verbraucherschutz verbessert

DIE LINKE hat als erste Fraktion im Zusammenhang mit der Finanzkrise einen verbesserten Verbraucherschutz verlangt und klare Forderungen aufgestellt. Davon griff die Bundesregierung in einer Gesetzesinitiative die Verlängerung der Verjährungsfristen bei Falschberatung und eine Dokumentationspflicht bei der Finanzberatung auf. Zudem diskutiert der Bundestag derzeit im Rahmen einer öffentlichen Anhörung eine andere Forderung der Fraktion DIE LINKE: die Einführung von verbraucherorientierten Finanzmarktwächtern.



Die Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Gesine Löttsch und Kirsten Tackmann (v.l.n.r.) auf der Grünen Woche im Januar 2009

Kampf gegen schädlichen Genmais

In der Debatte um die Anwendung gentechnisch veränderter Pflanzen hat DIE LINKE vehement die Politik Horst Seehofers (CSU) zu Gunsten einer Anbau-genehmigung von Genmais der Sorte MON 810 kritisiert. Im Jahr 2008 wurde der Genmais-Anbau vom Agrarministerium genehmigt. DIE LINKE ließ sich nicht beirren und forderte weiterhin gemeinsam mit anderen Gentechnikgegnern in einer großen öffentlichen Kampagne das Anbauverbot für MON 810. Mit Erfolg: Am 15. April 2009 schließlich verbot Agrarministerin Ilse Aigner MON 810.

Für Strom- und Gasnetze in öffentlicher Hand

Zu Beginn der Wahlperiode wurde die Fraktion DIE LINKE für die Forderung »Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand« noch als unbelehrbare Verstaatlicherin an den Pranger gestellt. Inzwischen haben sich sogar Teile der SPD und der Grünen diese Forderung zu Eigen gemacht, weil auch sie erkannten, dass der für eine Energiewende erforderliche Umbau der Stromnetze nicht allein privaten Konzernen überlassen werden darf.

Arbeitskreis II: Wirtschaft, Arbeit, Finanzen

Mindestlöhne in einigen Branchen erzwungen

Bereits im Wahlkampf 2005 hat DIE LINKE als einzige Partei einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Gemeinsam mit Gewerkschaften hat sie diese Debatte befördert und die Bundesregierung gezwungen, zumindest in einigen Branchen Mindestlöhne einzuführen.



Betriebsrätekonferenz der Fraktion DIE LINKE in Frankfurt am Main im November 2007

Steuererleichterungen für kleine Einkommen

DIE LINKE hat bereits 2006 gefordert, dass das steuerfreie Existenzminimum bei der Einkommensbesteuerung angehoben und der Einkommensteuer-Tarifverlauf an die Inflation angepasst wird, um Niedrigeinkommensbezieher zu entlasten. Die Bundesregierung erhöht nun im Rahmen des Konjunkturpakets II in zwei Schritten das steuerfreie Existenzminimum und verschiebt den Einkommensteuertarif.

Regulierung der Finanzmärkte

DIE LINKE fordert seit Jahren, die internationalen Finanzmärkte zu regulieren und Spekulanten das Handwerk zu legen. Die Bundesregierung, die die Krise mitverantwortet, folgt nun verbal diesen Forderungen. Einen ersten zaghaften Schritt in die richtige Richtung hat die Bundesregierung gemacht und der Forderung nachgegeben, Finanzholdings zukünftig besser zu überwachen.



Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE demonstrieren unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise« am 28. März 2009 in Berlin

Investitionsprogramme initiiert

Ein »Zukunftsinvestitionsprogramm« gehört seit 2005 zu den zentralen Forderungen der Fraktion DIE LINKE. Angesichts der Krisenfolgen fordert DIE LINKE sowohl ein staatliches Konjunkturprogramm von 100 Milliarden Euro als auch einen Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro. So soll ein »Schutzschirm für die Menschen« dafür sorgen, dass die Kosten der Krise die Verursacher zahlen. Die Bundesregierung hat nach (zu) langem Zögern zwei »Konjunkturprogramme« gestartet. Deren Schwerpunkt liegt aber vor allem auf der Rettung der Banken zu Lasten der Steuerzahler.

Steuermissbrauch bekämpfen

DIE LINKE fordert seit Jahren, nicht erst seit der Krise, wirkungsvolle Maßnahmen gegen Steuermissbrauch. Mit einem »Steuerhinterziehungsgesetz« greift die Regierung unsere wesentlichen Forderungen auf.

Gegen Steuererleichterung bei Auslandsverlusten

DIE LINKE hat dagegen gekämpft, dass Unternehmen im Ausland erlittene Verluste in Deutschland steuermindernd geltend machen können. 2008 ist die Regierung im Rahmen der Unternehmenssteuerreform auf diese Forderung teilweise eingegangen.

Für die Angleichung des Arbeitslosengeldes II Ost an Westniveau

Bereits im Jahr 2005 hat DIE LINKE gefordert, dass das Arbeitslosengeld II in den neuen Bundesländern auf Westniveau angehoben wird. Die Bundesregierung hat dieses Anliegen auf Druck der Fraktion DIE LINKE durch die Einführung eines bundeseinheitlichen Regelsatzes im Jahr 2006 aufgegriffen und die Regelsätze stiegen von 331 auf 345 Euro.

Belegschaftsbeteiligung an Unternehmensentscheidungen

DIE LINKE hat verlangt, dass die Belegschaften an Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, beispielsweise Unternehmensfusionen, beteiligt werden müssen. Die Regierung hat nun zumindest gesetzlich geregelt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen, deren Eigentumstitel nicht an der Börse gehandelt werden, über derartige Entscheidungen informiert werden müssen. Bisher galt das nur für börsennotierte Unternehmen.

Alte Pendlerpauschale wieder eingeführt

DIE LINKE hat sich stets gegen die von CDU/CSU und SPD beschlossene Kürzung der Pendlerpauschale gewehrt und gefordert, diese, wie zuvor, ab dem ersten Kilometer auszuzahlen. Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz von CDU/CSU und SPD als nicht verfassungsgemäß beurteilt. Nun gilt wieder die alte Pendlerpauschale.

Für die Begrenzung von Managergehältern

DIE LINKE hat beantragt, Manager an den Kosten der Krise zu beteiligen und Managervergütungen zu begrenzen. Sie sollen maximal das Zwanzigfache eines Angestelltenlohns erhalten dürfen. Weil Manager mit Millionen-Gagen die Finanz- und Wirtschaftskrise mitverursacht haben, griff die Bundesregierung die Forderung auf: Steuergeld erhalten Banken nur, wenn sie auch die Gehälter der Manager begrenzen.

Arbeitskreis III: Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien

Neue Ideen für Forschungs- und Technologiepolitik

DIE LINKE hat die Fragen nach dem Nutzen öffentlich geförderter Forschung für gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen ins Zentrum ihrer Forschungs- und Technologiepolitik gestellt. Der exportorientierten High-Tech-Strategie der Bundesregierung wurden eigene Schwerpunkte entgegengesetzt: Forschung zu Energie- und Klimawandel, Umweltschutz, sozial nachhaltiger Medizin, Pharmabedarf für Entwicklungsländer, Geistes- und Sozialwissenschaften. Zudem hat sich DIE LINKE für Risikoabwägungen und ethische Kriterien in der innovativen Forschung mit Stammzellen und Nanostoffen stark gemacht. Der Position der Fraktion DIE LINKE zur Stammzellforschung hat sich die Mehrheit des Bundestages schließlich angeschlossen.



Petra Sitte (Bildmitte), stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, mit Ausschussmitgliedern im größten Teichen-Physik-Labor der Welt in der Nähe von Genf in der Schweiz

Situation an den Hochschulen kritisiert

Der zunehmend prekären Beschäftigung und der chronischen Unterfinanzierung an den Hochschulen hat DIE LINKE klare Konzepte und Forderungen entgegengesetzt: Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau, Gleichstellung in der Wissenschaft, Stärkung der Juniorprofessur und eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung von Studienplätzen im Hochschulpakt II. Zudem wurde die Umwidmung

von Mitteln der Exzellenzinitiative gefordert, die schädlich für eine bundesweite Abdeckung mit guter universitärer Bildung und Forschung ist. Bundesweite Aktivitäten wie etwa der Bildungsstreik wurden intensiv unterstützt.

Studium und Praktika

DIE LINKE hält die Forderung nach einer grundlegenden Reform der Studienfinanzierung aufrecht. Die zu Beginn der Legislaturperiode überfällige Anhebung der BAföG-Bedarfssätze um zehn Prozent wurde von der Regierung bis zum Jahr 2008 verschleppt und glich dann nicht einmal die Inflation aus. DIE LINKE hat sich zudem für eine Gesetzesänderung eingesetzt, damit Schein-Praktika, die reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen und Absolventinnen und Absolventen in prekäre Warteschleifen zwingen, künftig ausgeschlossen sind. Eine zu diesem Thema eingegangene Massenpetition liegt noch bei der Bundesregierung.

Kulturpolitische Initiativen

Kulturpolitische Initiativen der Fraktion DIE LINKE wurden im Bundestag zwar abgelehnt, haben aber durchaus Wirkung entfalten können. Beispiele sind die Anträge zur Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zur kulturellen Vielfalt, zum Schutz des Welterbes im Konflikt um die Dresdner Waldschlösschenbrücke und zur Erhöhung der Finanzierung der Sorbenstiftung – nicht zuletzt auch der Einsatz für eine breite öffentliche Diskussion um ein »Freiheits- und Einheitsdenkmal«. So brachte die DIE LINKE. im Deutschen Bundestag den Vorschlag ein, in Leipzig ein Denkzeichen mit Dokumentationszentrum für die friedliche Revolution in der DDR vom Herbst 1989 zu errichten. Dieser Vorschlag wurde damals von allen anderen Fraktionen abgelehnt, führte aber zu breiten gesellschaftlichen Debatten.



Bodo Ramelow (2.v.l.) und Luc Jochimsen (2.v.r.) auf der Konferenz »Kultur neu denken« im Februar 2008 im Ev. Augustinerkloster zu Erfurt

Mitwirkung in Sachen »Kultur in Deutschland«

DIE LINKE hat in der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« daran mitgewirkt, eine Handlungsempfehlung zu erarbeiten, die vor allem die Aufnahme des Staatsziels Kultur ins Grundgesetz forderte. Weil diese im Ausschuss für Kultur und Medien mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen jedoch abgelehnt wurde, bleibt dies weiterhin eine zentrale Forderung der Fraktion DIE LINKE.

Prekäre Arbeitsverhältnisse im Kultursektor kritisiert

Mit Vorschlägen wie dem »Fair-Work«-Siegel für Computerspiele hat DIE LINKE öffentlichkeitswirksam die prekären Beschäftigungsbedingungen von Kultur- und Medienschaffenden thematisiert. Zudem wurde die Koppelung von Filmfördermitteln an die Einhaltung sozialer Mindeststandards für die Beschäftigten und eine Anpassung der Sozialgesetzgebung für Kultur-, Medien- und Filmschaffende gefordert.

Kampf um bessere Bildung

Die soziale und qualitative Ausgestaltung der nach der Föderalismusreform I verbliebenen bundespolitischen Spielräume war ein Schwerpunktanliegen der Fraktion DIE LINKE. Gefordert wurden Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Weiterbildung, bessere Ausstattung der Hochschulen und die Erhöhung öffentlicher Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dafür setzte sich DIE LINKE in der Föderalismuskommission II für die Aufhebung des Bund-Länder-Kooperationsverbots und für eine neue Gemeinschaftsaufgabe Bildungsfinanzierung im Grundgesetz ein.



Nele Hirsch (Bildmitte), bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Gespräch mit Kindern

Arbeitskreis IV: Gesundheit und Soziale Sicherung

Gegen die Kürzungsfaktoren bei der Rente

Seit mehr als zwei Jahren fordert DIE LINKE. im Bundestag, die Kürzungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel zu streichen, damit die Rente wieder den Löhnen folgt und das Rentenniveau nicht weiter sinkt. Aufgrund dieses Drucks sah sich die Bundesregierung im Frühsommer 2008 genötigt, den »Riester-Faktor« für zwei Jahre auszusetzen und so eine geringfügig höhere Rentenanpassung – 1,1 Prozent statt 0,6 Prozent – zu ermöglichen. Die Aussetzung geht allerdings nicht weit genug.

Rente mit 67 bekämpft

DIE LINKE hat massiv gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit mobilisiert. Sie steht damit als einzige Partei an der Seite der Menschen in diesem Land, die diese Maßnahme mit überwältigender Mehrheit ablehnen. Wir haben den Protest von Gewerkschaften und Sozialverbänden in das Parlament getragen und werden nicht eher ruhen, bis diese unsinnige »Reform« zurückgenommen ist.



Mitglieder der Fraktion DIE LINKE gehen gegen die »Rente mit 67« in Berlin auf die Straße

Für eine Rente nach Mindesteinkommen

War DIE LINKE zunächst die einzige politische Kraft, die im Rahmen der Stärkung des Solidarenausgleichs in der gesetzlichen Rente die Wiederbelebung der Rente nach Mindesteinkommen forderte, ist diese nun in aller Munde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Wohlfahrtsverbände und sogar Vertreter von SPD und Union fordern eine Höherbewertung niedriger Einkommen bei der Rentenberechnung.

Druck gegen Zwangsverrentung ausgeübt

DIE LINKE hat im Vorfeld des Auslaufens der so genannten 58er-Regelung zum 1. Januar 2008 Druck gemacht, um Zwangsverrentungen auszuschließen. Dieser Druck mündete in einen Teilerfolg: Die Bundesregierung beschloss schließlich eine Nachfolgeregelung, die eine Zwangsverrentung für unter 63-Jährige und bei bestimmten Unbilligkeiten ausschließt.



Wie diese Bürgerinnen und Bürger hat die Fraktion DIE LINKE von Beginn an gegen die Zwangsverrentung von älteren Erwerbslosen gekämpft

Angleichung des Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert

DIE LINKE hat als erste Partei die Forderung nach der überfälligen Angleichung der Ostrenten an das Westniveau in den Bundestag eingebracht. Sie hat damit der auch von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden getragenen Forderung Gehör verschafft. Zudem wurden die massiven Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung der ostdeutschen Ansprüche auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestags gesetzt.

Für Hartz-IV-Regelsatzerhöhungen

Im Zentrum der Aktivitäten im Kampf gegen Hartz IV stand die Forderung nach einer unmittelbar spürbaren Anhebung des Regelsatzes. DIE LINKE hat die Armut per Gesetz angeprangert und den schleichenden Wertverlust der Hartz-IV-Leistungen ebenso wie die willkürlichen und unzureichenden Kinderregelsätze



Die Bundestagsabgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst und Elke Reinke (v.l.n.r.) diskutieren über die bedarfsdeckende Mindestsicherung

massiv kritisiert. Die Reaktionen der regierenden Parteien waren abweisend; sie verbleiben in der Logik des Sozialabbaus. Der gesellschaftliche Rückhalt für diese Forderungen konnte hingegen gestärkt werden.

Für Kindergeld und Kinderbonus

DIE LINKE kritisierte die zu niedrige Kindergelderhöhung aus dem Jahr 2009, die Hartz-IV-Familien voll angerechnet wird. DIE LINKE forderte, die Kindergelderhöhung von der Anrechnung auf die Hartz-IV-Regelsätze auszunehmen, bis der Regelsatz deutlich angehoben wird. Die Regierung reagierte mit einem Ausweichmanöver: dem einmaligen Kinderbonus von 100 Euro für alle kindergeldberechtigten Kinder.

Kinderregelsatzerhöhung bei Hartz IV

DIE LINKE hat sich immer dafür eingesetzt, dass der Kinderregelsatz bei Hartz-IV-Bezug massiv angehoben wird. Die Bundesregierung hat nun zumindest für die 6- bis 13-Jährigen den Regelsatz auf 246 Euro erhöht. DIE LINKE besteht weiterhin darauf, dass für Kinder ein eigener Bedarf festgestellt wird und bis dahin die Regelsätze deutlich erhöht werden.

Mehr Förderung für Hartz-IV-Schulkinder

Die Koalition hat ein jährliches Schulbedarfspaket von 100 Euro für Schulkinder in Hartz IV beschlossen. DIE LINKE setzte sich erfolgreich dafür ein, dass auch Hartz-IV-Schulkinder entgegen der ursprünglichen Planung bis zum Abitur gefördert werden.

Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen – Zwei-Klassen-Medizin überwinden

DIE LINKE will mit einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung alle erforderlichen Gesundheitsleistungen für jeden Menschen bereitstellen. Dazu sollen alle Menschen den gleichen prozentualen Beitrag auf alle Einkommensarten entrichten. Zuzahlungen und Praxisgebühr sind abzuschaffen. Immerhin in diesem Punkt folgen uns nun die Grünen und Teile der SPD.

Misstände im Gesundheitswesen thematisiert und gelindert

DIE LINKE hat mit einem im März 2009 vorgelegten Antrag zur Krankenhausfinanzierung zusammen mit den Beschäftigten der Krankenhäuser die Bundesregierung dazu getrieben, die Finanzierung der Not leidenden Krankenhäuser und deren personelle Ausstattung im Pflegebereich wenigstens teilweise zu verbessern. Im Konjunkturpaket II wurde eine weitere Forderung der Fraktion DIE LINKE aufgegriffen, nämlich eine finanzielle Unterstützung des Bundes für die Krankenhausinvestitionen.



Frank Spieth, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, und Martina Bunge, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages, streiten für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

Arbeitskreis V: BürgerInnenrechte und Demokratie

BND-Untersuchungsausschuss mitinitiiert

DIE LINKE hat entscheidende Impulse für die Einsetzung des BND-Untersuchungsausschusses gegeben. Seit April 2006 beschäftigte sich der Ausschuss mit unterschiedlichen Verhaltensweisen der deutschen Geheimdienste, etwa mit der Unterstützung der USA bei der Entführung von Terrorverdächtigen, mit den Aktivitäten zweier Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) während des Irak-Krieges und der Bespitzelung von Journalistinnen und Journalisten durch den BND.



Der Richter am Bundesgerichtshof a. D., Wolfgang Nešković, fordert die Festschreibung sozialer Grundrechte im Grundgesetz

Hartnäckig in Sachen Arbeitnehmer-Datenschutz

Durch die Hartnäckigkeit bei den Verhandlungen um die gemeinsame Beschlussvorlage aller Fraktionen zum 20. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz ist es gelungen, das Thema Arbeitnehmerdatenschutz dauerhaft zu setzen und auf die fehlenden gesetzlichen Regelungen hinzuweisen. Diese Forderung ist nun von einer Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz aufgegriffen worden, die die Bundesregierung anhält, ein solches Gesetz zu erlassen.

Debatte zu sozialen Grundrechten angestoßen

DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, mit dem fundamentale soziale Grundrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden sollen. Dank dieser Initiative wurde eine breite gesellschaftliche Debatte angestoßen.

Online-Durchsuchungen aufgedeckt

Durch Initiativen im Innenausschuss wurde das im damaligen Sonderprogramm zur Stärkung der Inneren Sicherheit (PSIS) versteckte Instrument »Online-Durchsuchung« aufgedeckt und in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die öffentliche Auseinandersetzung darum führte schließlich zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem ein neues Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme definiert wurde.

Möglichkeiten für NPD-Verbot aufgezeigt

DIE LINKE hat durch ihre Anträge zum Abzug aller V-Leute aus den Reihen der NPD in der Öffentlichkeit das Bewusstsein geschärft, dass ein erfolgreiches NPD-Verbot erst nach dem Abzug der staatlich bezahlten Spitzel möglich ist. Somit wurde den wiederkehrenden Debatten zum NPD-Verbot ein wesentlicher Impuls gegeben und reale Möglichkeiten eines Verbotes der NPD aufgezeigt.



Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, setzt sich dafür ein, dass soziale Grundrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden

Gesetzentwurf zum Thema »Kriegsverrat«

DIE LINKE hat mehrfach das Thema »Kriegsverrat« in die öffentliche und parlamentarische Debatte eingebracht und einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, nach dem Verurteilungen wegen »Kriegsverrats« durch nationalsozialistische Gerichte ohne Einzelfallprüfung aufgehoben werden sollten. Dadurch wurde die SPD gezwungen, eine gleichgerichtete Initiative zu starten.

Anstoß zur Verbesserung der Kontrolle der Geheimdienste

DIE LINKE hat wesentliche Anstöße dafür geliefert, dass nunmehr auch auf Seiten der Regierungsfractionen Handlungsbedarf bei der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste gesehen wird.

Lobbyistenregister gefordert

DIE LINKE hat die Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters gefordert. Dafür formulierte sie verbindliche Anforderungen und konkrete Vorschläge. So wurde nicht nur eine diesbezügliche Debatte angestoßen, sondern die Große Koalition hat auch angekündigt, in diesem Bereich tätig zu werden.

Vorratsdatenspeicherung eingeschränkt

DIE LINKE hat den Verzicht auf die verfassungswidrige Rundumüberwachung menschlicher Kommunikation gefordert. Dem ist zwar nicht die Koalition, aber das Bundesverfassungsgericht gefolgt. Es hat mit einer einstweiligen Anordnung den Anwendungsbereich der Vorratsdatenspeicherung weit eingeschränkt.

Irakischen Flüchtlingen geholfen

Bereits im Mai 2007 forderte DIE LINKE. im Bundestag die Aufnahme besonders schutzbedürftiger irakischer Flüchtlinge aus den überforderten Nachbarländern des Irak. Die Regierungsfractionen wiesen diesen Antrag zunächst zurück. Nach einer längeren Diskussion wurde dann aber Ende 2008 die Aufnahme beschlossen.

Anerkennung ausländischer Qualifikationen

In Deutschland leben 500 000 Akademikerinnen und Akademiker ausländischer Herkunft, deren Abschlüsse hier formal nicht anerkannt werden. Die Betroffenen gelten als »Unqualifizierte«. Ende 2007 legte DIE LINKE konkrete Vorschläge zur erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen vor. Lediglich wenige Tage, nachdem dieser Antrag im Bundestag abgelehnt wurde, gab jedoch die Integrationsbeauftragte bekannt, dass die Bundesregierung an entsprechenden Gesetzesänderungen arbeite.

Arbeitskreis VI: Internationale Politik

Kriegen konsequent eine Absage erteilt

DIE LINKE hat sich als einzige parlamentarische Friedenskraft präsentiert, allen Kriegsbeteiligungen Deutschlands eine eindeutige Absage erteilt und friedliche Konfliktlösungsalternativen aufgezeigt. Die intensive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen friedenspolitischen Aspekten anhand von Abrüstung, Ablehnung von Rüstungsexporten und Wehrpflicht, Kritik der Militärbündnisse und Auslandseinsätzen der Bundeswehr waren und sind prägend für das friedenspolitische Profil der Fraktion DIE LINKE in der Öffentlichkeit.

Ablehnung von Kriegen gestärkt

Insbesondere die Politik der Fraktion DIE LINKE zu Afghanistan hat nicht nur wesentlich dazu beigetragen, die öffentliche Zustimmung zum Bundeswehreinsatz zu minimieren, die ablehnende Haltung zu stabilisieren und auszubauen, die immer



Mitglieder der Fraktion DIE LINKE demonstrieren gegen den Krieg in Afghanistan im September 2007 in Berlin

kritischer werdende Berichterstattung zu befördern, sondern auch die Nein-Stimmen zu den Kriegseinsätzen im Bundestag von Mal zu Mal zu erhöhen. So stieg die Zahl der Nein-Stimmen zum ISAF-Einsatz von 67 zu Beginn der Legislaturperiode auf 96 im Jahr 2008 und zum OEF-Einsatz (Anti-Terror-Einsatz »Operation Enduring Freedom«) von 71 auf 130, wobei sich die Position der Grünen von zunächst mehrheitlicher Zustimmung auf Ablehnung geändert hat.



Gemeinsam mit Bündnispartnerinnen und -partnern entwickelt DIE LINKE friedenspolitische Alternativen für Afghanistan

Friedenspolitische Alternativen für Afghanistan

DIE LINKE hat gezeigt, dass sie über friedenspolitische Alternativen und Aktivitäten verfügt, die über die grundsätzliche Forderung »Bundeswehr raus« hinausgehen und dass DIE LINKE die Lage im Land kennt und das auch gesellschaftlich vermitteln kann. So wurden beispielsweise kontinuierlich Kontakte zu gesellschaftlichen Akteuren in Afghanistan aufgebaut, insbesondere zu Frauen. Auf diese Weise konnten echte Partnerinnen für den Frieden gewonnen und auch in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Jährlich wurden zudem »Runde Tische« zu diesem Thema veranstaltet, die Ausdruck dieser guten Kooperation und Partnerschaft mit der unabhängigen Friedensbewegung sind.

Völkerrechtswidrige Kriege skandalisiert

DIE LINKE hat den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und die völkerrechtswidrige Sezession des Kosovo, seine Anerkennung durch die Bundesregierung sowie die Präsenz der Bundeswehr bei der KFOR durch parlamentarische Initiativen und die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hervorgehoben und in der Öffentlichkeit erfolgreich skandalisiert.

Einsätze von Spezialkräften problematisiert

Mit parlamentarischen Initiativen und durch Sachverständigenanhörungen hat DIE LINKE die Entsendung der Bundeswehr in Gestalt der Kommando-Spezialkräfte medial erfolgreich problematisiert.

Gegen den EU-Vertrag geklagt

Europapolitisch hat DIE LINKE als einzige Fraktion den Vertrag von Lissabon abgelehnt und durch ihr parlamentarisches Wirken sowie durch eine Verfassungsklage überhaupt erst eine kritische Öffentlichkeit zu diesem Vertrag hergestellt.

Aufklärung des Kurnaz-Skandals

Die Fraktion hat maßgeblich an der Aufarbeitung des so genannten Kurnaz-Skandals durch die Unterstützung eines Untersuchungsausschusses und dessen investigativer Arbeit mitgewirkt.

Akzente in Nahost gesetzt

In der Nahostpolitik setzte DIE LINKE neue Akzente durch intensive Kooperationen mit palästinensischen und israelischen Friedensinitiativen, die sich durch einen deutlichen Bezug zur Resolution 1325 der Vereinten Nationen auszeichnen. Die Nahostpolitik der Fraktion DIE LINKE ist schon lange dort, wohin Obamas Politik jetzt vielleicht kommt und der die Bundesregierung – wie so oft – hinterherläuft.

Weltweit Friedenspartner unterstützt

Die Fraktion DIE LINKE hat die intensiven Kontakte zu Linken in fast allen Ländern Lateinamerikas weiter ausgebaut. Zudem wurde die gute Kooperation mit Frauenfriedensinitiativen in vielen Teilen der Welt weiterentwickelt – insbesondere auch in Afrika als Kontinent sozialer Auseinandersetzungen und kolonialgeschichtlicher Raum.



Die Fraktion DIE LINKE engagiert sich für die Rechte von Mädchen und Frauen

Arbeitsbereich Frauenpolitik

Lohndiskriminierung von Frauen angeklagt

DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass die Debatte um Lohngleichheit für Männer und Frauen nicht mehr an der Frage von prekärer Arbeit und Niedriglöhnen vorbeikommt. Gerade die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn gehört zwingend zu den Strategien für gleiche Löhne bei gleichwertiger Arbeit. Auch Dank der beharrlichen Parlamentsarbeit der Fraktion DIE LINKE wurde diese Forderung sowohl von den Grünen als auch von der SPD übernommen.

Gleichstellung in der Privatwirtschaft

Immer wieder haben andere Parteien auf Freiwilligkeitsverpflichtungen in der Wirtschaft gesetzt, um Frauen auch in Männer dominierten Bereichen der Erwerbsarbeit ihren Platz zu garantieren. Immer wieder scheitert dieses Selbstverpflichtungsprinzip. Deswegen ist ein Antrag der Fraktion DIE LINKE dazu schon lange in der parlamentarischen Diskussion, um klarzumachen: Frauen gehört (mindestens) die Hälfte und das nicht nur in Aufsichtsräten! Nun kommt auch die SPD an diesem Thema nicht mehr vorbei und erklärt das Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft zum Wahlkampfthema.

Schwangere unterstützt

Das Schwangerschaftskonfliktgesetz wurde durch die Stimmen aus allen anderen Fraktionen des Bundestages verschärft, obwohl es einen indirekten Angriff auf den Artikel 218 darstellt. DIE LINKE stimmte als einzige Fraktion gegen dieses Gesetz und forderte in ihrem Antrag stattdessen die Unterstützung von Frauen durch ein verbessertes und ausfinanziertes Beratungssystem in solchen Konfliktsituationen. Sie steht damit konsequent an der Seite der Betroffenen und setzt auf Begleitung statt ordnungspolitischen Druck auf Schwangere, ihre Familien und Ärztinnen bzw. Ärzte auszuüben.

Debatte zur Frauenhausfinanzierung erzwungen

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE wurde eine Debatte um eine Unterfinanzierung von Frauenhäusern angestoßen und die erste öffentliche Ausschuss-Anhörung zu diesem Thema erzwungen. Das war das erste Mal nach mehr als 30 Jahren Frauenhausbewegung in Westdeutschland. Erst kürzlich, nur wenige Wochen vor dem Ende der Legislaturperiode, haben auch die Koalitionsfraktionen endlich einen Antrag zum Thema Frauenhäuser vorgelegt. Dieser beschränkt sich jedoch auf Prüfaufträge und Aufforderungen an die Länder. DIE LINKE hingegen kämpft weiterhin für eine bundesweit einheitliche Regelung zur bedarfsgerechten Finanzierung von Frauenhäusern.

Gewalt gegen Frauen thematisiert

Gewalt gegen Frauen hat viele Facetten: ob Zwangsprostitution, Zwangsverheiraten oder weibliche Genitalverstümmelung. DIE LINKE hat sich konsequent für die Rechte und den Schutz der Opfer eingesetzt und die Forderungen von Beratungsstellen und Betroffenenverbänden in die parlamentarische Debatte eingebracht: effektive Hilfsangebote, aufenthaltsrechtliche Sicherheit und vieles mehr.



Eine Aktion von Politikerinnen der Fraktion DIE LINKE zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im November 2008

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

www.linksfraktion.de